

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 25 (1984)
Heft: 6

Artikel: Zusammenhänge
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094557>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ger-Antipanzerraketen, MI-8-Helikopter und die vielfältig verwendbaren AK-47-Sturmge- wehre. Die Luftwaffe erhielt SS-22-Kampfflug- zeuge, MI-6- und MI-8-Helikopter, Antonow- AN-24-Truppentransporter und im Oktober 1983 18 MI-24-Helikopter. Die Marine hat sich von sowjetischen Lieferungen unabhängig ge- halten. Immerhin können sowjetische Fischer- boote in der Marinewerft vom Hafen Callao re- pariert und versorgt werden.

Die Beziehungen Perus zur UdSSR kühlten sich während des Militärregimes von Francisco Morales Bermudez (1975 bis 1980) erheblich ab. Seit der demokratischen Wahl der zivilen Regierung unter Präsident Belaunde können die Beziehungen als befriedigend bezeichnet werden. Immerhin ist Peru nach Kuba der grösste Empfänger sowjetischer Waffenliefe- rungen in Lateinamerika. Es befinden sich etwa 100 sowjetische Militärberater im Land.

Moskau trachtet danach, auch die Wirtschafts- beziehungen zu fördern. Im Vordergrund stand der Bau eines Fischereihafens im Nordwesten Perus. Die Sowjetunion bot 1970 einen Kredit von 30 Millionen Dollar an, um die Hälfte der Kosten für den Hafenaufbau zu übernehmen. In- folge von Verzögerungen in der Planung konnte das Projekt erst 1973 genehmigt wer- den. Peru wollte den Hafen in Bayobarral bauen, die Sowjets drängten auf Paita. Schliesslich re- duzierten sie ihren Kredit auf 2,5 Millionen Dollar.

Interesse bekundete die Sowjetunion auch an Entwicklungsprojekten wie dem Wasserkraft- werk mit Bewässerungsanlagen in Olmos, der Andenrohrleitung und einem Metallwerk im Süden Perus. Aber wegen der Erfahrungen beim Hafenaufbau in Paita hat sich Peru vor einer zu starken sowjetischen Beteiligung bewahrt.

Die Sendero-Guerilla

Gegenwärtige Hauptsorge der Regierung Be- launde ist der Terrorismus. Während der letz- ten vier Jahre hat die Guerilla-Organisation Sendero Luminoso (Leuchtender Pfad) mit Bomben, Ermordungen und Drohungen die Stabilität der noch schwachen Demokratie Pe- rus bedroht.

Diese Organisation wurde 1970 von Abimael Guzman gegründet, einem Philosophiedozen- ten an der Universität von Humanga in Ayacu- cho im südöstlichen Hochland Perus. Der Name ist der Erklärung des marxistischen Ve- teranen José Carlos Mategui entnommen, wo- nach der Marxismus-Leninismus den «leuch- tenden Pfad» zur Revolution weise.

Unter Guzmans Führung hat Sendero Lumi- noso jedoch eine Ideologie im Verständnis ei- nes militanten Maoismus entwickelt, der den revisionistischen Verrat von Moskau und von Deng Xiaopings China geisselt. Die Organisa- tion folgt der Ideologie der entmachteten Vier- bände (los cuatros de Shanghai).

Guzman, bekannt als «Genosse Gonzalo», ver- schwand 1978 im Untergrund, und sein Auf- enthaltort ist unbekannt. Als gegenwärtiger

Führer gilt Julio César Mezzich, doch bleibt Gonzalos Einfluss stark. Die Senderisten be- haupten, einen wesentlichen Beitrag zur kom- munistischen Ideologie dadurch geleistet zu ha- ben, dass sie fünf Phasen des bewaffneten Kampfes unterscheiden:

1. Mobilisierung von Unterstützung in unter- entwickelten Regionen
2. Angriff auf die Symbole des bürgerlichen Staates
3. Beginn des Guerilla-Krieges
4. Ausbreitung der Volksunterstützung
5. Besiegung der Städte und Machtübernahme

Die Senderisten nahmen die terroristische Tä- tigkeit 1980, kurz nach der Wahl von Präsident Belaunde, auf. Sie zerstörten öffentliche Ge- bäude, elektrische Leitungen und touristische Einrichtungen – mit verheerenden Folgen für die ohnehin geschwächte Wirtschaft Perus. Die anfänglich auf die Gegend von Ayacucho kon- zentrierte Guerilla-Tätigkeit ist mittlerweile auf die pazifische Küste und auf die Hauptstadt Lima ausgedehnt worden.

Zusammenhänge

Die Religion im Golfkrieg

Im Golfkrieg zwischen Iran und Irak stehen handfeste Interessen auf dem Spiel, aber von Iran aus ist er auch als heiliger Krieg virulent, und das verzerrt die Proportionen.

Die aus Beirut wieder auf die vor der libane- sischen Küste kreuzenden amerikanischen Kriegsschiffe zurückverlegten Marinefüsiliere könnten vielleicht bald an anderer Stelle der explosiven Nahostregion als Eingreiftruppe vonnöten sein: im Golfgebiet, und zwar dann, wenn Iran die Strasse von Hormus blockiert. Nach der sogenannten Carter-Doktrin haben sich die Vereinigten Staaten verpflichtet, die Meerenge, durch die über 60% des vom We- sten (hauptsächlich von Westeuropa und Ja- pan, nicht aber Amerika) benötigten Erdöls transportiert werden, notfalls mit militärischen Mitteln offenzuhalten.

Die jüngste iranische Offensive gegen den ira- kischen Aggressor könnte der Anfang einer un- kontrollierbaren Ausweitung des Konflikts sein.

☆ ☆ ☆

Im Westen ist vergessen oder belächelt worden, dass Ayatollah Khomeiny dem Abendland den «heiligen Krieg», den «Dschihad», angesagt hat. Den «Krieg zwischen Moslems und Hei-

Die Guerillas haben der peruanischen Wirt- schaft grosse Schäden zugefügt. Daneben ha- ben sie auch einen Ruf als besonders grausam und brutal gewonnen. Sie haben Bauern als «Verräter» ermordet, weil diese die Sache der Guerillas nicht unterstützen wollten. Sie haben Handelslinien im Hochland unterbrochen, um die Versorgung mit Nahrungsmitteln an den Küsten zu unterbinden. Sie haben auch Ange- hörige von Gemeindeverwaltungen in der Re- gion von Ayacucho ermordet, weil sie anderen marxistischen Gruppen angehörten. Die Sende- risten haben öffentlich alle andern linken und marxistischen Gruppen und Parteien als «par- lamentarische Idioten» verhöhnt.

★

Auf diesem Hintergrund kämpft Präsident Be- launde für die Erhaltung des demokratischen Systems. Er weiss genau, dass es der Terroris- mus der Guerillas von Hugo Blanco war, der seine demokratische Regierung 1968 stürzte – und ein Militärregime für zwölf Jahre an die Macht brachte. ■

den» hat Khomeiny schon im November 1979 ausgerufen: «Die Moslems müssen sich erhe- ben in diesem Kampf, der mehr ein Kampf zwischen dem Islam und der Welt der Ungläu- bigen als zwischen Iran und den Vereinigten Staaten ist. Die Moslems werden triumphieren in diesem Kampf!»

Schon früher hatte Khomeiny über die «Zu- kunft» gesprochen, als er sagte, der «heilige Krieg» bedeute die Eroberung der Territorien, die noch nicht vom Islam beherrscht wür- den...

Die Drohungen des iranischen «Gotteszei- chens» werden in den arabischen Erdölstaaten sehr ernst genommen. Für sie ist die Tatsache



AJATOLLAH CHOMEINI

Vignette von «Szpilki», Warschau.

bedrohlich, dass Khomeiny den Krieg als «Dschihad» betrachtet: ein «heiliger Krieg», der sich vorerst gegen die «Usurpatoren» in Bagdad, die sunnitischen «widerrechtlichen Machtherrschern» unter Staatschef Saddam Hussein, richtet.

In den Augen der iranischen Gottesmänner regieren die Sunniten den Irak völlig zu Unrecht, weil dessen Bevölkerung grösstenteils schiitische Moslems sind, also Glaubensbrüder der Iraner. Das Kriegsziel der Iraner ist die Befreiung der Schiiten im Irak von der «Tyrannei einer sunnitischen Minderheit». Allerdings sind die arabischen Schiiten etwas anderes als die persischen Schiiten, und deshalb ist die Gegenliebe nicht so gross.

Iran betrachtet jedenfalls den Golfkrieg als Teil eines umfassenden Rachefeldzuges gegen alle, die sich Herrschaft über Schiiten anmassen. Das hat tiefere historische und psychologische Bedeutung: Der Islam weist die Ansprüche aller anderen religiösen und politischen Systeme auf Gleichwertigkeit zurück. Für die Gläubigen ist der Islam das höchste Religionssystem, dem die universelle Herrschaft zusteht. Andersgläubige werden nur toleriert, wenn sie die islamische Überlegenheit anerkennen und sich ihr unterordnen.

☆ ☆

Die Frage im Islam selbst ist, wer den wahren Islam verkörpert. Der Prophet, Mohammed, ist im Jahre 632 gestorben. Er hatte nicht selbst gesagt, wer sein Nachfolger werden sollte. Zwei Männer machten sich Hoffnung auf das höchste politische und geistliche Amt im islamischen Staat: Ali, der Schwiegersohn des Propheten, und Abu Bakr, der Schwiegervater des Propheten. Abu Bakr riss die Macht an sich, für die Anhänger Alis, die «Schiat Ali – die Partei Ali» (Schiiten), brach eine Zeit der Unterdrückung an.

Es ging und geht bei diesem Streit nicht um die Person, sondern darum, ob ein rechtgläubiger Mann oder ein «Werkzeug des Teufels» den «Staat der Moslems» in die Hand genommen hat. Die Geschichte des Islams ist deshalb gekennzeichnet von gewalttätigen Konfrontationen unter den verschiedenen Richtungen des wahren Glaubens. Der «heilige Krieg» ist das Unterfangen, unter dem Banner des (einen oder anderen) «wahren Glaubens» die Ungläubigen durch das Schwert oder durch Bekehrung auszurotten, und der Märtyrertod im «heiligen Krieg» garantiert dem gläubigen Moslem das Paradies.

☆ ☆

Eine von Iran gelenkte radikale Schiitenbewegung versucht schon heute die Gesellschaft anderer arabischer Nationen zu beeinflussen. Sprengstoffanschläge wie gegen die amerikanischen und die französischen Soldaten in Beirut oder in Kuwait gegen die dortigen Botschaften der Vereinigten Staaten und Frankreichs, Attentate und Aufstände in einer Reihe arabi-

scher Staaten sind Belege für die Politik eines Regimes, welche auf der Doktrin beruht, die «universelle Wahrheit» über nationale Grenzen hinweg allen Glaubensbrüdern zu vermitteln.

Für Khomeiny, für die Mullahs in Iran bedeutet Politik nur eine Spielart der Religion, und die Autorität der Religion beruht auf dem Wort Allahs: Sie ist deshalb universell, länderübergreifend, jeden gläubigen Schiiten verpflichtend, die Herrschaft Allahs auf Erden durchzusetzen.

Khomeinys «Dschihad» wird in den arabischen Erdölstaaten sehr ernst genommen. In Milliardenhöhe griffen diese Staaten bisher dem Irak unter die Arme, bewaffneten sich selbst mit modernstem Kriegsgerät (können sie es schon bedienen?) und fanden sich zusammen in einem Golftrat für Zusammenarbeit (GCC: Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudiarabien, Vereinigte Arabische Emirate).

Die Kooperation erstreckt sich auf Verteidigung, Kommunikation, Wirtschaft, Erziehung und neuerdings auch auf das Gerichtswesen. Letzteres ist bemerkenswert, denn es steht ebenfalls für die Ängste vor Khomeinys Fundamentalismus:

Es ist ein Eingeständnis an die schiitische Revolution, dass sich die GCC-Justizminister damit einverstanden erklärt haben (3. Februar), innerhalb der nächsten fünf Jahre die Scharia, das islamische Gesetz («der deutlichste Pfad, dem man folgen muss»), in ihren Ländern wieder einzuführen. Die Scharia bedeutet Glaube, Gebet, Almosen, Fasten und Pilgerfahrt, kurz die «fünf Säulen des Islams», in denen Recht und Religion zu einem einzigen Kanon von Regeln verwoben werden, der nicht nur das Verhältnis des Menschen zu Gott bestimmt, sondern auch sein Verhältnis zu den Menschen.

Konkret heisst das (auch) beim Propheten «Auge um Auge, Zahn um Zahn» ...

Der Zeitraum von fünf Jahren mag für die Hoffnung stehen, bis dahin den Golfkrieg «positiv» entschieden zu haben. Die Regierungen der Golfregion befinden sich tatsächlich in einer gefährlichen Situation, weil sie mit dem Problem belastet sind, mit islamischer Tradition wie auch mit den Anforderungen eines – angestrebten – modernen weltlichen Staates fertig zu werden. Wie die Beispiele Iran (Schah Mohammed Resa Pahlewi) und jetzt Libanon zeigen, können solche Regierungen leicht scheitern; ihre politische Autorität ist brüchig.

☆ ☆

Die GCC-Staaten stehen derzeit doppelte Ängste und Gefahren aus. Da ist Khomeiny und sein «wahrer Glaube», da sind die beiden Supermächte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion. Die beiden möchte man aus der Region heraushalten; sie ziehen sich an wie der Dreck die Fliegen ... nur dass die Sowjets in der afghanischen «Schönwetter-Flugkanzel» erheblich näher sind als die Amerikaner.

☆ ☆

Eines Tages wird es eine Friedenslösung für Libanon geben, und zwar möglicherweise mit für den gesamten Nahen Osten weitreichenden Konsequenzen ... aber der Ausgang des Golfkrieges dürfte für Westeuropa entscheidender sein, denn der – in abendländischem Sinne und Verständnis – irrationale Zorn fanatischer moslemischer Intoleranz wird als Konflikt konkret, in welchem die sowjetischen Waffen sprechen.

Jacques Baumgartner

In Kürze

Die Sowjetunion und Ostdeutschland

Ein niederschmetterndes Urteil über die sowjetische Wirtschaftswissenschaft ist aus Moskau zu registrieren. Das Zentralkomitee der KPdSU befasste sich in einem Beschluss vom 24. Februar dieses Jahres mit dem vollständigen Versagen des Wirtschaftsinstituts der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Der Umfang der angeprangerten Fehlleistungen und Mängel könnte bedeuten, dass man nun die Wirtschaftswissenschaftler für die systembedingte Wirtschaftsmisere verantwortlich machen will.

Wir werden mit einem späteren Beitrag von Georg Bruderer auf dieses Thema zurückkommen.

☆

Damit auch an Fastnachttagen keine Narrenfreiheit einreist, hat in der DDR das Kulturministerium eine «Anweisung über die Bildung von Arbeitskreisen für Karnevalklubs» herausgegeben. Hier einige Auszüge:

«Es wird ein Zentraler Arbeitskreis für Karnevalklubs gebildet. Die Arbeitskreise haben den Auftrag, folgende Grundsätze und Aufgaben in ihrer Tätigkeit zu verwirklichen: der sozialistischen Lebensweise entsprechende Gestaltung von Unterhaltung und Geselligkeit durch die Karnevalklubs; Parteilichkeit, Volksverbundenheit der Programme der Karnevalklubs; systematische Einbeziehung der Karnevalklubs in das geistig-kulturelle Leben der Betriebe, Genossenschaften, Wohngebiete, Organisationen und Einrichtungen.» ■